

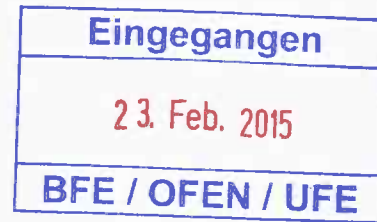
Stadthaus
Usterstrasse 2, 8600 Dübendorf
Telefon 044 801 67 11
info@duebendorf.ch

Stadt Dübendorf

Stadtrat



Bundesamt für Energie BFE
Sektion NE
3003 Bern



Dübendorf, 19. Februar 2015

Strategie Stromnetze: Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,
sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen bestens für die Einladung, uns zur Strategie Stromnetze zu äussern. Der Schweizerische Städteverband vertritt die Anliegen der Städte und städtisch geprägten Gemeinden der Schweiz, die vielfach Eigentümer eines kommunalen Energieversorgungsunternehmens (EVU) sind. Schätzungsweise 55 bis 60 Prozent der Schweizer Bevölkerung beziehen ihren Strom von einem EVU in kommunalem Besitz. Die Städte und Gemeinden sind also Eigentümer eines grossen Teils des Schweizer Verteilnetzes. Sie sind demnach von einer Vorlage wie der Strategie Stromnetze direkt betroffen, auch wenn diese vor allem auf die Netzebenen 1 bis 3 fokussiert ist.

Für die Städte und Agglomerationen ist eine sichere, ausreichende und wirtschaftliche Energieversorgung von grösster Wichtigkeit. Dabei geht es nicht nur um die Stromnetze, welche bei der vorliegenden Vorlage im Zentrum stehen, sondern auch um Netze anderer Energieträger. Netze schaffen die Verbindung zwischen Produktion und Verbrauch und sind deshalb ein unverzichtbarer Bestandteil einer zuverlässigen Energieversorgung. Wie der erläuternde Bericht zur Strategie Stromnetze aufzeigt, gibt es für die Stromnetze in der Schweiz verschiedene Herausforderungen. Alte Netzinfrastrukturen müssen erneuert werden, es gilt bestehende Engpässe zu beseitigen und im Zuge der Energiestrategie 2050 müssen die Netze um- und ausgebaut werden.

Die Strategie Stromnetze will diesen Herausforderungen damit begegnen, dass der Prozess der Netzentwicklung klarer strukturiert wird, dass die Bewilligungsverfahren optimiert werden, dass die Kriterien für den Entscheid „Kabel oder Freileitung“ geklärt werden und dass die Öffentlichkeitsarbeit gestärkt wird. Diese vier Elemente setzen an verschiedenen Orten des Planungs- und Bewilligungsprozesses an und versprechen eine klarere Struktur. In unserer Beurteilung ist dies ein pragmatischer Ansatz, der durchaus Wirkung erzielen dürfte. Die vorgelegte Strategie Stromnetze stösst deshalb bei uns zum grössten Teil auf ein ausgesprochen positives Echo. Vor allem beim energiewirtschaftlichen Szenariorahmen scheint uns jedoch zentral, dass dieser von einer Gesamtenergiebetrachtung ausgeht.

Für die Detailfragen verweisen wir auf den Fragenkatalog in der Beilage und wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Lothar Ziörjen
Stadtpräsident



Martin Kunz
Stadtschreiber

Beilage

- Fragenkatalog zur Vernehmlassungsvorlage Strategie Stromnetze

z.K.

- Schweizerischer Städteverband, Postfach 8175, 3001 Bern
- Abteilung Tiefbau

Strategie Stromnetze

Vernehmlassungsvorlage

Fragenkatalog

Antwortende Organisation: Stadtverwaltung Dübendorf

Inhalt

Szenariorahmen	2
Bedarfsermittlung	2
Nationales Interesse	5
Räumliche Koordination	5
Bewilligung Projekte	6
Überprüfung Kosteneffizienz	8
Öffentlichkeitsarbeit	8
Geodaten	9

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen:

- Nur eine Antwort pro Frage ankreuzen
- Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

Szenariorahmen

1. Sind Sie damit einverstanden, dass der energiewirtschaftliche Szenariorahmen zukünftig als verbindliche Vorgabe für die Netzplanung durch die Netzbetreiber gesetzlich verankert werden soll?

Art. 9a Abs. 1 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Die energiewirtschaftliche Szenariorahmen schafft eine Basis für die Bedarfsermittlung für die Planung der Netzbetreiber. Weil zwischen der Elektrizität und anderen Energieträgern mitunter Wechselwirkungen bestehen, muss der energiewirtschaftliche Szenariorahmen von einer Gesamtenergiebetrachtung ausgehen und muss auch andere Energieträger berücksichtigen. Ebenfalls muss der Szenariorahmen bestehende und künftige Speichermöglichkeiten einbeziehen. Bei den in Art. 9a Abs 1 StromVG erwähnten Betroffenen, welche vom BFE angemessen einzubeziehen sind, erwarten wir, dass damit auch die Städte und Gemeinden gemeint sind.

2. Sind Sie damit einverstanden, dass eine fixe Periodizität für die Überprüfung und die Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens gesetzlich verankert wird?

Art. 9a Abs. 4 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

3. Sind Sie damit einverstanden, dass 5 Jahre die richtige Periodizität für die Überprüfung und Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens ist?

Art. 9a Abs. 4 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Bedarfsermittlung

4. Sind Sie damit einverstanden, dass das N-O-V-A-Prinzip (Netz-Optimierung vor -Verstärkung vor -Ausbau) als Teil der technischen Netzplanungsgrundsätze gesetzlich verankert wird?

Art. 9d Abs. 2 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Dies unter der Voraussetzung, dass die bestehenden Netze den neuen Anforderungen genügen und ein Ausbau nicht günstiger wäre als eine Optimierung oder Verstärkung. Es muss möglich sein, einen vorausschauenden Netzbau zu betreiben und da kann es effizienter sein, sofort auszubauen, wenn der längerfristige Bedarf vorhanden ist.

5. Sind Sie mit der Definition des Einspeisepunktes für neue Produktionsanlagen einverstanden?

Art. 9c StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

6. Sind Sie damit einverstanden, dass die Netzbetreiber der Netzebenen 3-7 bei der Bedarfsermittlung für einen angemessenen Einbezug der betroffenen Kantone, Gemeinden sowie weiterer Betroffene zu sorgen haben?

Art. 9e Abs. 2 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☐ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Unseres Erachtens ist es zentral, dass auch die betroffenen Städte und Gemeinden einbezogen werden. Allerdings fehlt deren explizite Nennung im Gesetzestext und der Botschaft (im Gegensatz zur hier gestellten Frage). Wir schlagen deshalb vor, dass in den Materialien präzisiert wird, dass Städte und Gemeinden angemessen einbezogen werden.

7. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird?

Art. 9b Abs. 1 StromVG

Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

8. Falls 7: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist von 9 Monaten gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

Art. 9b Abs. 1 StromVG

Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

9. Sind Sie damit einverstanden, dass die ElCom zukünftig die Mehrjahrespläne der Netzbetreiber prüfen und eine schriftliche Stellungnahme abgeben muss?

Bemerkung: Gemäss Art. 6 Abs. 1 lit. a StromVV sind die Verteilnetzbetreiber für Netze mit einer Spannung von 36 kV (Netzebenen 5 und 7) und weniger von der Erstellung von Mehrjahresplänen befreit, dementsprechend sind nur die Übertragungsnetzbetreiber und die Verteilnetzbetreiber betreffend die Netzebene 3 zur Erstellung von Mehrjahresplänen verpflichtet.

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Durch die gegenseitige Abhängigkeit der netzebenen, welche durch die vermehrte dezentrale Einspeisung noch an Bedeutung gewinnen wird, wäre auch für die Netzebenen 4-7 ein geeignetes Planungsinstrument wünschbar, das sich allerdings von der Erstellung eines Mehrjahresplans unterscheiden kann.

10. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird (nach Einreichung)?

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Die Frist für die Prüfung der Mehrjahrespläne ist sehr zu begrüssen. Denn in der Vernehmlassung zum Detailkonzept der Strategie Stromnetzte wurde auch die Befürchtung geäussert, dass diese Prüfung durch die ElCom zu Verzögerungen führen könnten. Mit einer gesetzlich festgelegten Frist ist dieses Risiko minimiert.

11. Falls 10: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist von 9 Monaten nach Einreichung gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Nationales Interesse

12. Erachten Sie es als zielführend, dass die Anlagen des Übertragungsnetzes von Gesetzes wegen von nationalem Interesse sind und der Bundesrat weiteren Anlagen der Verteilnetze von hoher Spannung (Netzebene 3) eine Bedeutung von nationalem Interesse zuerkennen kann?

Art. 15d Abs. 2 und 3 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.3 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Diese Bestimmung entspricht den entsprechenden Regelungen in der Energiestrategie 2050.

Räumliche Koordination

13. Sind Sie damit einverstanden, dass für die Erstellung von Leitungen der Netzebene 1 auch in Zukunft grundsätzlich ein Sachplanverfahren durchgeführt werden muss?

Art. 15e EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.4 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

14. Erachten Sie es als notwendig, dass das bisher auf Verordnungsebene geregelte 2-stufige Sachplanverfahren (1. Schritt: Festsetzung Planungsgebiet, 2. Schritt: Festsetzung Planungskorridor und Bestimmung Übertragungstechnologie) neu auf Stufe Gesetz festgehalten wird? (bisher: Art. 1a – 1d der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen; SR 734.25; VPeA)

Art. 15e – 15 j EleG

Erläuternder Bericht 1.2.2.4 sowie 2.1

☒ notwendig ☐ nicht notwendig ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Bewilligung Projekte

15. Erachten Sie es als zielführend, wenn für die Bewilligung von Leitungen des Übertragungsnetzes eine direkte Zuständigkeit des BFE vorgesehen wird?

Bemerkung: Im Rahmen der Strategie Stromnetze ist bislang noch keine Anpassung des betreffenden Artikels (Art. 16 Abs. 2 lit. b EleG) vorgesehen, sodass das BFE auch für Leitungen des Übertragungsnetzes (Netzebene 1) nur zuständig wird, sofern das Eidgenössische Starkstrominspektorat ESTI Einsprachen nicht erledigen oder Differenzen mit den beteiligten Bundesbehörden nicht ausräumen konnte.

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

16. Halten Sie es für notwendig, dass Leitungstrassen zur Sicherstellung von Aus- oder Umbauten einer bestehenden Leitung langfristig mit Baulinien gesichert werden können?

Art. 18b EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: **Gerade im dicht bebauten Gebiet kann das Instrument der Baulinien zur Sicherung von Leitungstrassen sinnvoll sein.**

17. Wie beurteilen Sie die Möglichkeit, dass das BFE verwaltungsexterne Personen mit der Durchführung von Plangenehmigungsverfahren beauftragen kann?

Art. 17a EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: **Weil die Analysen zu den langen Verfahrensdauern gezeigt haben, dass mit einem effizienten Verfahrensmanagement und genügend personellen Ressourcen in der Verfahrensführung ein beträchtliches Optimierungspotential liegt, ist diese Möglichkeit zu begrüssen.**

18. Ist es aus Ihrer Sicht zielführend, dass die Genehmigungsbehörde auf Antrag der Übertragungsnetzbetreiberin Massnahmen auf unteren Netzebenen (wie Bündelung, Verkabelung) anordnen kann?

Art. 15b Abs. 2 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: **Ja, sofern die entstehenden Mehrkosten anrechenbar sind.**

19. Sind Sie der Meinung, dass ein Mehrkostenfaktor (Mehrkosten der Realisierung von Leitungsprojekten als Kabelvariante anstatt als Freileitung) eine geeignete und effiziente Massnahme für einen zeitgerechten Aus- und Umbau der Verteilnetze (NE 3-7) darstellt ?

Art. 15c EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

20. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Mehrkostenfaktor eine gesetzliche Obergrenze festgelegt wird und die Festlegung des Mehrkostenfaktors unter Berücksichtigung definierter Kriterien (Verkabelungsgrad, Netznutzungsentgelt, Technologieentwicklung, Kosten Erdverkabelung) an den Bundesrat delegiert wird?

Art. 15c Abs. 2 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: **Die in Art. 15c Abs. 2 EleG festgelegte Obergrenze schafft eine gewisse Klarheit; allerdings wird diese durch die in Abs. 3 und 4 formulierten Ausnahmebestimmungen wieder relativiert (siehe Frage 21).**

21. Sind Sie mit der in Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG formulierten Ausnahmeregelung bei der Festlegung des Mehrkostenfaktors einverstanden?

Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: **Obwohl wir durchaus anerkennen, dass Ausnahmeregelungen sinnvoll sein mögen, geben die Bestimmungen in Art. 15c Abs. 3 und 4 den Eindruck, dass der Bundesrat in der Anwendung dieser Ausnahmeregelung relativ frei ist. Um in dieser für den Netzausbau wichtigen Frage klare Rahmenbedingungen zu haben, sollte bereits im Gesetz detaillierter definiert sein, unter welchen Voraussetzungen der Bundesrat die Ausnahmeregelung von Art. 15c Abs. 3 und 4 anwenden kann.**

22. Sollten aus Ihrer Sicht weitere Massnahmen zur Optimierung/Beschleunigung der der Bewilligungsverfahren ergriffen werden?
(Wenn Ja, bitte konkrete Vorschläge angeben)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Konkrete Vorschläge / Bemerkungen:

Überprüfung Kosteneffizienz

23. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kosten der Netzbetreiber für Informationsmassnahmen anrechenbar sind?

Art. 15 Abs. 2 Bst. d StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

24. Inwiefern erachten Sie die Anrechenbarkeit von Kosten innovativer Massnahmen für intelligente Netze (bspw. Smart Grids) vor dem Hintergrund der Energiestrategie 2050 des Bundesrates als zielführend?

Art. 15 Abs. 3 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Öffentlichkeitsarbeit

25. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Verankerung der Kompetenz des Bundes und der Kantone zur Information der Öffentlichkeit über zentrale Aspekte der Netzentwicklung und über die Mitwirkungsmöglichkeiten?

Art. 9f StromVG

Erläuternder Bericht 2.2 (Netzentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit)

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Es kann auch angezeigt sein, dass Städte und Gemeinden ihre Bevölkerung

über Netzentwicklungsprojekte informieren. Deshalb sollte geprüft werden, ob der Bund auch mit Städten und Gemeinden Leistungsvereinbarungen in diesem Bereich abschliessen kann.

Geodaten

26. Erachten Sie es als sinnvoll, dass das BFE eine Gesamtsicht der elektrischen Anlagen erstellt und diese der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt?

Art. 26a EleG

Erläuternder Bericht 2.1 sowie 5.5

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: